



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

13. Ratssitzung vom 2. September 2026

581. 2025/396

Motion von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 10.09.2025:

Entlastung des lokalen Gewerbes von administrativem Aufwand und finanziellen Belastungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Stadtpräsident namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5063/2025): Wir sprechen über das Zürcher Gewerbe, über kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Das sind vor allem Unternehmen mit ein bis fünfzig Mitarbeitenden, die jeden Morgen für uns unterwegs sind, Türen öffnen, Lernende ausbilden, Arbeit schaffen, das Quartier versorgen und schauen, dass die Stadt funktioniert. Wir sprechen von der Bäckerin, die am Sonntagmorgen früh aufsteht, vom Schreiner, der mit Elan Lernende ausbildet, vom Sanitär, der im Notfall ausrückt, vom Elektriker, vom Garagisten, vom Coiffeur oder vom Quartierladen. Sie prägen die Stadt Zürich, schaffen Wertschöpfung, tragen Verantwortung und machen unsere Quartiere lebendig. Das sagt nicht nur unsere Partei, sondern auch der Stadtrat: Quartier und Gewerbe müssen ineinandergreifen, damit die Nahversorgung funktioniert. Das hat für die ganze Stadt eine grosse Bedeutung. Umso ernster muss man die aktuelle Entwicklung nehmen. Die Gewerbestudie 2025 der Stadt Zürich zeigt: Während die Gesamtwirtschaft in den Jahren 2011–2022 um 20 Prozent gewachsen ist, sind das produzierende Gewerbe und damit die KMU im gleichen Zeitraum um 10 Prozent geschrumpft. Die Wirtschaft wächst, doch das kleine normale Gewerbe verliert an Boden. Gleichzeitig hält die Stadt selbst fest, dass die Verfügbarkeit von Produktions- und Verkaufsflächen immer kleiner wird und die Mieten steigen. Die Firmenumfrage aus dem Jahr 2025 zeigt, dass es beim produzierenden Gewerbe nicht nur an bezahlbaren Flächen fehlt. Auch der regulatorische und administrative Aufwand durch die städtische Verwaltung nimmt stetig zu, während Verkehr und Erreichbarkeit abnehmen. Das sind keine Behauptungen, sondern Ergebnisse aus den Befragungen der Stadt. Es braucht diese Motion, um der Stadt ihre Verantwortung in Erinnerung zu rufen. Sie soll ihren Job machen und dafür sorgen, dass alles funktioniert. Wir verlangen keine Privilegien, keine Sonderbehandlung und kein zusätzliches Subventionsprogramm, von denen es ohnehin genug gibt. Wir verlangen vom Stadtrat eine kreditschaffende Weisung mit



einem konkreten Massnahmenpaket. Wir wollen, dass bestimmte Vorschriften auf unnötige Belastungen überprüft werden, dass der administrative Aufwand für die KMU sinkt, dass Gebühren und Abgaben kritisch überprüft werden und einfache digitalisierte Verfahren. Mehr verlangen wir nicht. Eigentlich müsste der Stadtrat diese Motion mit Handkuss entgegennehmen. Denn bereits die KMU-Verordnung aus dem Jahr 2013 verlangt genau das: Vorschriften überprüfen, Verfahren straffen und beschleunigen, den Zugang zu Informationen vereinfachen, eine zukunftsfähige digitale Verwaltung aufbauen. Auch die eigenen Leitsätze zur Regulierungsfolgeabschätzung verlangen, administrative und finanzielle Mehrbelastungen für KMU möglichst gering zu halten. Unsere Motion verlangt nichts Ausserordentliches. Sie verlangt im Kern, was die Stadt laut ihren eigenen Grundsätzen längst hätte umsetzen sollen. Der Stadtrat sagt sinngemäss, man tue schon etwas. Bei dem grossen Verwaltungsapparat kann ich das nur schwer hoffen. Doch warum entwickelt sich das Gewerbe dann in die falsche Richtung? Warum verliert das produzierende Gewerbe in der Stadt Zürich an Boden? Warum werden die administrativen Hürden immer grösser? Warum verlassen grosse und kleine Betriebe die Stadt Zürich? Die Stadt anerkennt in ihrer Antwort auf unsere Motion, dass wir ein Problem haben und der Druck auf das Gewerbe grösser wird. Der Stadtrat sieht also das Problem, erkennt den Handlungsbedarf und begrüsst unser Grundanliegen sogar ausdrücklich. Nur verbindliche Vorgaben will er keine machen. Das verstehen wir nicht. Ich habe tagtäglich mit dem Gewerbe zu tun. Viele von ihnen verstehen es auch nicht. Wir geben in dieser Stadt viele Millionen Franken für Strategien, Programme, neue Fachstellen und Projekte aus. Das kann man politisch beurteilen, wie man will. Es zeigt aber: Ist der politische Wille da, lässt sich etwas erreichen. Beim Thema Gewerbe hört man immer, man tue ja schon etwas, es gebe Instrumente, man prüfe bereits einiges. Der Bereich Stadtentwicklung im Präsidialdepartement wächst jedes Jahr um mehrere Stellen. Verlangt man jedoch eine verbindliche Weisung zur Entlastung der KMU und des Gewerbes, erklärt der Stadtrat, er wolle keinen verbindlichen Auftrag. Für andere Programme gibt man Millionen aus. Für die Eindämmung von Airbnb schafft man sogar fünf zusätzliche Stellen. Das Zürcher Gewerbe hat mehr als freundliche Worte, schöne Strategiepapiere und Umfragen verdient. Es braucht konkrete Verbesserungen und die Gewissheit, dass die Politik die Sorgen des Gewerbes mitträgt, statt nur leeres Papier zu produzieren. Für Ausbildungsplätze braucht es das Gewerbe. Wer lokale Wertschöpfung, ein lebendiges Quartier und eine Stadt mit kurzen Wegen will, braucht Gewerbe in den Quartieren. Bereits im Jahr 2018 hat die Stadt Zürich in ihrer eigenen Gewerbe-strategie festgehalten, dass Gewerbe in den Quartieren notwendig ist, weil es die Nahversorgung mit kurzen Wegen erst ermöglicht. Genau darum geht es. Eine Zehn-Minuten-Nachbarschaft gibt es nicht ohne Gewerbe. Was nützt ein schöner Veloweg, wenn kein Velomechaniker mehr in der Nähe ist? Was nützen Begegnungszonen, wenn kein Quartierladen mehr da ist? Was nützen kurze Wege, wenn Schreiner, Elektriker und Sanitäre langsam die Stadt verlassen und künftig jeden Tag mit dem Auto in die Stadt fahren? Eine lebendige Stadt braucht nicht nur Wohnungen, Parks und Velowege, sie braucht auch das Gewerbe, heute und in Zukunft. Unsere Motion verlangt vom Stadtrat, sich anzustrengen und den Unternehmerinnen und Unternehmern in der Stadt Zürich zu signalisieren, dass man ihre Sorgen ernst nimmt und ihre Leistung honoriert.



Namens des Stadtrats nimmt der Stadtpräsident Stellung.

STP Raphael Golta: *Wir nehmen den Vorstoss selbstverständlich mit Handkuss entgegen, allerdings nur als Postulat. In einigen Punkten geht unsere Einschätzung nicht so weit auseinander, insbesondere dort, wo die Wichtigkeit des Gewerbes für unsere Stadt und Quartiere unterstrichen wird. Im Votum von Reto Brüesch (SVP) schwingt viel Empathie für den Zustand des Gewerbes mit und es legt ein gewisses Leiden der KMU dar, das der Stadtrat selbstverständlich respektiert. Die Schwierigkeit der Motion ist eine andere: Es bleibt unklar, was wir genau als kreditschaffende Weisung präsentieren sollen. Eine kreditschaffende Weisung führt weder zu einer Entlastung des Gewerbes noch zu einer anderen Verkehrspolitik. Du hast Regeln angesprochen, die bereits bestehen und die uns bei gewissen Verfahren verpflichten, auf die Interessen des Gewerbes Rücksicht zu nehmen. Auch daran fehlt es also offensichtlich nicht. Ich bin überzeugt, dass wir im Verwaltungsalltag gerade gegenüber dem Gewerbe besser werden können und uns diesbezüglich auch selbstkritisch hinterfragen sollen. Der Vorstoss taugt unserer Meinung nach nicht als Grundlage für eine Motion, bitte überweisen Sie ihn als Postulat.*

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): *Die AL lehnt den Vorstoss als Motion und als Postulat ab. In der Antwort des Stadtrats steht, dass auf planungsrechtlicher Ebene Zonen für das produzierende Gewerbe gesichert wurden. Dies reicht aber bei weitem nicht aus. Diesen Punkt erachten wir wirklich als Problem. Bei der Ausgestaltung der neuen Bau- und Zonenordnung (BZO) braucht es mehr Zonen für das produzierende Gewerbe. Es ist so, dass eine Zimmerei aufgrund der planungsrechtlichen Grundlagen nicht mitten im Quartier angesiedelt werden kann. Das ist aus unserer Sicht etwas, das man anpacken muss, anstelle der Steuererleichterungen oder Regulierungsentlastungen, die Ihr aufgezählt habt. In der Antwort wird zudem festgehalten, dass die weiteren Punkte, bei denen der Schuh drückt, vor allem räumlicher Natur sind: Rahmenbedingungen, Mietpreise und die generelle Verfügbarkeit von Räumlichkeiten. Das ist für kleine Betriebe ein grosses Problem. Wir könnten sicher alle Beispiele von kleinen Betrieben aufzählen, die schliessen mussten, weil ihnen etwa wegen einer Gebäudesanierung gekündigt wurde. Einen Punkt kann ich allerdings nachvollziehen: Es ist mühsam, wenn man in einer Motionsantwort lediglich aufgelistet bekommt, was die Stadt schon macht, ohne dass erläutert wird, was der Plan ist und welche konkreten Schritte als nächstes angepackt werden.*

Jean-Marc Jung (SVP): *Die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft und in der Stadt wächst und wächst, im Gewerbe hingegen schrumpft sie. Dieser Strukturwandel ist in vielen Städten zu beobachten. Man kann sich fragen, ob man sich dagegen auflehnen oder eher auf Strukturerhaltung setzen soll. Letztere kann teuer werden. Trotzdem sollte man aus unserer Sicht im lokalen Bereich punktuelle Hilfsmassnahmen zulassen. Wenn strukturell etwas schiefgeht, liegt das oft an bürokratischen und juristischen Hürden wie etwa beim Lärmschutz. Darüber muss man sich Gedanken machen. Auf der anderen Seite wächst die Verwaltung mit all ihren Formularen und Nachweispapieren praktisch von alleine. Der Anteil der Beschäftigten in der städtischen Verwaltung nimmt stärker zu*



als die Bevölkerung. Das Gewerbe schrumpft dagegen. Schade ist, dass dabei Know-how verloren geht. Neben dem Druck der Deindustrialisierung kommen der Mietzinsdruck und der Kampf um Platz und Mobilität hinzu. Störend ist zudem, dass die allgemeine Akzeptanz des Gewerbes in der Bevölkerung rückläufig ist und die Ignoranz in der urbanen Bevölkerung zunimmt. Auch wenn kleinere Betriebe wie Kaffeeröstereien, Mikrobrauereien, Ateliers oder Hightech-Werkstätten dagegenhalten, etwa dank Förderungen für Start-ups, schrumpft das Gewerbe insgesamt weiter. Viele Städte haben schlicht keine Lust mehr auf Betonproduktion in Wollishofen oder auf Gewerbe auf einem Schlachthofareal. Stattdessen hat man lieber subventionierte Kultur, die oft kein Gewerbe ist, weder im rechtlichen noch im wirtschaftlichen Sinn. Das sehen andere im Rat sicher anders. Das Gewerbe muss Gewinn machen, denn nur mit Gewinnrücklagen kann ein Betrieb überleben, wenn es einmal schlecht läuft. Kulturbetriebe sind meist durchsubventionierte Gebilde, die aufgrund ihrer angeblichen Gemeinnützigkeit zudem von der Gewerbe- und Ertragssteuer befreit sind. Wir müssen uns überlegen, ob es aus Gründen der Strukturhaltung ideell vertretbar wäre, Kleinfirmen bis neun Mitarbeitende steuervergünstigt zu unterstützen – etwa in den Industrie- und Gewerbezonon, die in der BZO definiert sind – oder im Extremfall temporäre Steuerferien zu gewähren, damit gewisse Branchen überleben können. Die bestehende KMU-Verordnung der Stadt greift zu wenig, auch wenn die Antwort des Stadtrats das anders darstellt. Solche Vorstösse gibt es bislang vor allem auf nationaler Ebene. In den Berggebieten etwa gibt es gemäss der neuen nationalen Regionalpolitik Sonderwirtschaftszonen, die nach klar definierten Anwendungsgebieten und Förderperimetern funktionieren. Das Gewerbe braucht keine steuerprivilegierten Holdingmöglichkeiten wie Grosskonzerne in ausländischen Steuer-oasen. Gewerbe ist mehr als ein alter Zopf. Geht das Gewerbe kaputt, geht wertvolles technisches und handwerkliches Know-how, aber auch etwas Ideelles verloren. Es gehen Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen verloren, die nur dort arbeiten können. Wir müssen lernen, das Gewerbe trotz Lärm und Schmutz wieder zu mögen.

Urs Riklin (Grüne): Die Grünen stimmen der Analyse der SVP in vielen Punkten zu. Ich bedanke mich bei Reto Brüesch (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) für die interessante Motion. KMU und vor allem das Gewerbe haben eine wichtige Funktion für eine funktionierende Stadt; nicht nur für das Wirtschaftssystem, sondern auch für die Lebensqualität und für die Stadt der kurzen Wege. Es wurde gesagt, dass Gewerbe und KMU besonders an zwei Problemen des Strukturwandels zu kämpfen haben. Darin unterscheidet sich die Analyse der Grünen etwas von jener der SVP. Das erste Problem sind die neo-feudalistischen Besitzverhältnisse im Immobilienmarkt, die insbesondere im urbanen Raum dazu führen, dass die Mieten durch Renditeerwartungen und Ersatzneubauten in die Höhe getrieben werden. Das zweite strukturelle Problem ist, dass Konsumentinnen und Konsumenten lieber Schein als Sein wählen und deshalb online einkaufen. Dass ein Vorstoss, der eine Kettensägen-Deregulierung nach dem Vorbild von Javier Milei fordert, die richtige Antwort auf diese zwei strukturellen Probleme ist, bezweifle ich. Soll sich der Staat zuerst auflösen, um das Füllhorn über KMU und Gewerbe auszuschütten? Diese Rechnung geht für uns nicht auf. Ich wundere mich, dass STP Raphael Golta sagte, es sei unklar, was in der relativ ausführlich formulierten Motion gefordert werde. Wir haben durchaus klare Forderungen herausgehört. Ich gehe beispielhaft auf



Punkt 3 ein, die Reduktion zeitlicher Belastungen. Dort wird eine Verlängerung von Fristen und Prüfintervallen sowie eine Reduktion der Berichtspflichten für Kleinbetriebe gefordert. Das könnte etwa weniger Brandschutzkontrollen bedeuten. Bei Punkt 4, der Senkung von Abgaben und Gebühren, wird gefordert, dass der Staat praktisch gar keine Gebühren mehr verlangen soll. Das entspricht nicht unserer Linie, zumal auch verlangt wird, auf Gebühren für den gesteigerten Gebrauch von öffentlichem Raum bspw. bei Werbeauslagen zu verzichten. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, dass der öffentliche Raum nicht durch kommerzielle Werbung überbeansprucht werden sollte. Wir sind ja gerade daran, das einzuschränken. Ich möchte die Motion aber nicht einfach zerreißen. Es gibt darin durchaus prüfenswerte Ansätze. In vielen europäischen Städten wird geprüft, ob Abläufe und Prozesse vereinfacht werden können, ohne dass man gleich alles abschaffen und deregulieren muss. Wir wollen eine gewerbefreundliche Politik, finden aber, dass diese Motion deutlich übers Ziel hinausschiesst. Man sollte andere gute Lösungsansätze betrachten, zum Beispiel, dass man nicht nur preisgünstige Wohnungen, sondern auch preisgünstige Gewerberäume ermöglicht, sowohl für KMU, die im leichtkommerziellen Bereich tätig sind, als auch für kleinproduzierendes Gewerbe und Handwerk. Für Schreinereien in der Stadt Zürich wird es sonst kaum mehr möglich sein, die Mietpreise über längere Zeit zu tragen. Wir lehnen die Motion ab.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt selbstverständlich das Anliegen, das hinter der Motion steckt. Die Gewerbetreibenden und KMU in der Stadt Zürich haben es schwer. Sie brauchen politische Unterstützung. Das Problem ist, dass die Motion eigentlich ein Wunschzettel ist, auf dem so ziemlich alles Platz hat. Wenn wir seriöse politische Arbeit leisten wollen, müssen wir uns auf die konkreten Themen konzentrieren, die hier zum Teil genannt werden. Wir müssen ins Detail gehen und Lösungen vorschlagen, die motionabel sind. Wir müssen im Parlament Allianzen bilden, miteinander reden und dafür sorgen, dass die KMU-Anliegen nicht nur aufs Tapet kommen, sondern auch eine Mehrheit finden. Das wäre eigentlich das, was wir auch von der SVP erwarten. Die Motion unterstützen wir daher als Postulat, aber nicht als Motion.

Wolfgang Kweitel (Die Mitte): Wir alle wissen, dass die Belastung der KMU laufend zunimmt. Wir sind uns auch einig, dass KMU das Rückgrat der lokalen Wirtschaft sind und es auch weiterhin bleiben sollten. Zürich ist aus mehreren Gründen ein besonders hartes Pflaster. Dazu gehören etwa die Mietpreise, aber auch weitere, häufig administrative Kosten. Die im Vorstoss angesprochenen Punkte – also Digitalisierung, Verwaltungsprozesse, Vorschriften, Abgaben und Gebühren – sind für KMU nun einmal überproportional problematisch. Der Stadtrat selber sagt, er sehe den Druck auf die kleinen Betriebe und dass dieser laufend zunehme. Mit anderen Worten: Die Bedingungen haben sich über die Jahre verschlechtert. Das bestätigt sich auch in den rückläufigen KMU-Zahlen. Die Antwort des Stadtrats und die Liste der bereits ergriffenen Massnahmen sind erfreulich. Offenbar wollen wir alle helfen. Schön, dass wir uns darin einig sind, doch besser scheint es für die KMU trotzdem nicht zu werden. Es lohnt sich, noch einmal genau hinzuschauen. Wir behandeln im Rat viele Anträge, bei denen wir uns weniger einig sind. Darum bin ich auch irritiert, dass es bei diesem relativ pragmatischen Bericht Voten gab, die auf grundsätzliche Kapitalismuskritik hinausliefen. Da stelle ich mir schon die Frage,



ob wir das Gleiche gelesen haben. Die Die Mitte unterstützt den Vorstoss als Postulat.

Samuel Balsiger (SVP): Die Frage ist doch, ob Sie dem Kleingewerbe unter die Arme greifen und Ihr soziales Gewissen, das Sie immer gern in den Vordergrund stellen, tatsächlich unter Beweis stellen wollen. Die Regulierungsdichte hat in den letzten 20 Jahren exorbitant zugenommen – um etwa 50 Prozent. Das belastet die kleinen Unternehmen naturgemäss viel stärker. Ein Grosskonzern kann sich eine Rechtsabteilung leisten, die länderübergreifend die Regulierung zentral auffängt und abhandelt. Ein Kleinunternehmer muss zuerst schauen, dass er Miete, Betrieb und Personal bezahlen kann. Für ihn bleibt am Schluss oft nur noch ein kleiner Teil übrig. Viele Kleingewerbler arbeiten das ganze Jahr über, auch am Wochenende, sind ständig im Einsatz und tragen sehr viel Verantwortung. Wer das Risiko des Unternehmertums auf sich nimmt, ist ein Vorbild, das man unterstützen muss. Leider entwickelt sich die Schweiz – wie auch alle anderen westlichen Demokratien – in eine völlig falsche Richtung. Der Staat wird immer mächtiger und rabiater, ist übergriffig und greift mit seiner Durchregulierung immer stärker in die Wirtschaftsfreiheit ein. Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, bürdet er mit Auflagen der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Suva) eine derart hohe Regulierungsdichte auf, dass sie mehr Personal anstellen müssen, nur um das zu bewältigen. Selbstverständlich ist die Stadt Zürich nicht allein daran schuld und kann nicht alles lösen, da vieles von Bund und Kanton kommt. Trotzdem muss man das Erwirtschaften für das Kleingewerbe in der Schweiz wieder attraktiver machen, damit Menschen den Schritt in die Eigenständigkeit wagen. Es ist enttäuschend, dass Sie das einfach wegwischen und die Leute allein lassen. Diese sind oft in Existenznot und haben Mühe, wirtschaftlich über die Runden zu kommen. Eigentlich müsste der Staat da eingreifen, etwa mit einer Taskforce, die die gesamte Regulierung durchforstet und alles stoppt, was unnötig oder doppelt ist. All die Belege und Formulare, mit denen man alles Mögliche nachweisen muss, landen sowieso nur in riesigen Datenfriedhöfen. Man schickt das Papier an Bund oder Stadt, es landet in einer Statistik, wird archiviert und weiter passiert nichts. Der kleine Unternehmer, der Verantwortung übernimmt und einen solchen Betrieb führt, wird vom Staat dafür belastet. Man muss alles daransetzen, dass es wieder einfacher wird. Man kann nicht behaupten, für die kleinen Leute einzustehen, wenn man gleichzeitig nicht will, dass es ihnen besser geht. Wer sich wirklich für die einsetzt, die arbeiten gehen, statt dem Staat auf der Tasche zu sitzen, muss hier zustimmen.

Reto Brüesch (SVP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Liebe Búezerinnen und Búezer, von denen es im Rat einige, wenn auch nicht viele gibt: Nach dieser Diskussion muss ich eine Replik halten. Der Stadtrat und fast alle Parteien sind gleicher Meinung: Das Gewerbe braucht unsere Unterstützung. Das Gewerbe ist wichtig, KMU sind wichtig. Sie bilden aus, sie sind wichtig fürs Quartier, sie sind wichtig fürs Handwerk. Wenn es aber darum geht, etwas Verbindliches in die Wege zu leiten, heisst es nur, man wolle das noch einmal prüfen, nochmals berichten und dann schauen. Ich hoffe, dass der neue Stadtpräsident das Thema Gewerbe und KMU etwas höher gewichtet als seine Vorgängerin. Wir haben schon genug geprüft und Berichte erstellt. Wir wissen, wo wir anpacken müssen. Darum hoffen wir, dass jetzt endlich etwas geschieht. Das Gewerbe ist bereit mitzuhelfen und Lösungen zu bringen. Es kann nicht sein, dass



immer mehr Gewerbe und andere Unternehmen die Stadt verlassen. Es muss endlich gehandelt werden. Es erstaunt mich schon, welche Haltung gewisse Parteien einnehmen. Vor allem die Wirtschaftspartei, die doch stets Bürokratie abbauen und das Unternehmertum stärken will, sagt, sie sei bereit, spricht sich aber nicht für eine verbindliche Motion aus, die den Stadtrat endlich zum Handeln verpflichten würde. Von der AL und den Grünen haben wir gehört, man tue angeblich etwas für das Gewerbe. Doch sobald es konkret werden soll, heisst es: Lieber nicht im Quartier, schaffen wir wieder eine Industriezone. In Altstetten hatten wir mit dem Koch-Areal eine Industrie- und Gewerbezone. Was haben wir daraus gemacht? Eine Wohnzone. Das Gewerbe wird faktisch verdrängt. Wir hoffen aber, dass wir uns bei weiteren Gewerbezonens einig sind. Für andere Anliegen gibt man Millionen aus, aber bei einer Motion, die vielleicht zwei Millionen Franken kostet, bindet man sich nur ungern. Wir hoffen, dass das Anliegen auf der politischen Agenda der Stadtverwaltung bleibt, wenn wir es in ein Postulat umwandeln.

Reis Luzhnica (SP): *Obwohl ich das Thema für sehr wichtig halte, wollte ich mich kurzfassen, da schon vieles gesagt wurde. Ich persönlich finde den Vorstoss sehr sympathisch. Er spricht wichtige Punkte an. Ich bin Kleingewerbler in einem produzierenden Gewerbe in Zürich und sehe mich durchaus auch als Buezer. Ich stehe immer wieder selbst an der Druckmaschine und fühle mich von diesem Vorstoss angesprochen. Auch in der SP-Fraktion gibt es noch Kleinunternehmer und Buezer. Unsere Fraktion hat das Thema als sehr wichtig empfunden. Aber die Punkte, die Urs Riklin (Grüne) angesprochen hat, treffen zu. Das Online-Shopping mit seiner Bequemlichkeit ist ein grosses Problem. Das Produkt soll einfach immer günstiger werden, es muss auch nur gut aussehen und nicht wirklich qualitativ hochwertig sein. Nicht nur die Bürokratie, wie es von der SVP erwähnt wurde, steht im Weg. Ein grosses Problem für Kleingewerbler sind die überhöhten Immobilienpreise, die private Immobilienbesitzer verlangen. Gebühren und Abgaben sind notwendig, müssen aber angemessen sein. Da sind wir natürlich einverstanden. Dass sie ganz entfallen sollen, sehen wir nicht. Als Motion hätten wir den Vorstoss nicht unterstützen können. Als Postulat finden wir ihn aber aus denselben Argumenten prüfenswert, die von STP Raphael Golta und anderen Parteien genannt wurden.*

Tanja Maag (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/477 (statt Motion GR Nr. 2025/396, Umwandlung) wird mit 99 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat